Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/4322

Schriftlicher Bericht

des Ausschusses für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik (8. Ausschuß)

über den Antrag der Fraktion der FDP zur Großen Anfrage der Fraktion der FDP betreffend politische Bildung

— Drucksache V/2356 —

— Umdruck 534 —

A. Bericht der Abgeordneten Dr. Huys und Moersch

Die Große Anfrage der Fraktion der FDP betreffend politische Bildung — Drucksache V/2356 — wurde von der Bundesregierung gemeinsam mit der Großen Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU, SPD — Drucksache V/2388 — am 23. September 1968 mit Drucksache V/3297 schriftlich beantwortet.

Die Aussprache hierüber fand in der 196. Sitzung des Deutschen Bundestages am 15. November 1968 statt. Der dabei von der FDP-Fraktion mit Umdruck 534 eingebrachte Entschließungsantrag wurde in dieser Sitzung an den Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik federführend und an den Innenausschuß mitberatend überwiesen.

Der Innenausschuß hat den Entschließungsantrag in seiner Sitzung am 3. Juni 1969 beraten und empfohlen, den Antrag für erledigt zu erklären, weil die Bundesregierung die in dem Antrag enthaltenen Grundsätze bei ihrer Arbeit auf dem Gebiet der politischen Bildung — wie die Aussprache im Deutschen Bundestag am 15. November 1968 ergeben habe — ohnehin berücksichtigt habe.

Der federführende Wissenschaftsausschuß ist demgegenüber bei seiner abschließenden Beratung am 3. Juni 1969 zu dem Ergebnis gekommen, daß der Deutsche Bundestag trotz seiner bei der Aussprache am 15. November 1968 erkennbaren, weitgehenden Übereinstimmung mit der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung aus grundsätzlichen Erwägungen von einer ausdrücklichen Bekundung seines Willens nicht absehen sollte.

Darüber hinaus kann der Deutsche Bundestag auf diese Weise der Bundesregierung nicht nur zu noch größeren Anstrengungen auf dem eingeschlagenen Weg veranlassen, sondern ihr auch nachdrücklich Unterstützung für die Verhandlungen mit den Ländern gewähren, die zu einer besseren Abstimmung der beiderseitigen Aufgabenbereiche erforderlich sind und die zu einer Intensivierung und Verbesserung der politischen Bildung im gesamten Zuständigkeitsbereich der Länder führen müssen.

Die Beratung hat im einzelnen zu einer Neuformulierung der Entschließung geführt. Sie bedarf im Hinblick auf die Aussprache vom 15. November 1968 keiner näheren Erläuterung. Dabei geht der Ausschuß davon aus, daß wie bisher am überparteilichen Charakter der politischen Bildung bei allen sie und ihre Förderung betreffenden staatlichen Maßnahmen festgehalten wird.

Berlin, den 3. Juni 1969

Dr. Huys **Moersch**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. ihre Vorstellungen über Inhalte und Methoden politischer Bildung noch stärker als bisher an den Realitäten der politischen Fragestellungen zu orientieren,

2. grundlegende wissenschaftliche Untersuchungen zu fördern, die die Wirksamkeit politischer Bildung verbessern können,

3. bei der Förderung der außerschulischen politischen Bildung auf die Erhaltung der Vielfalt ihrer Trägerschaft besonderes Gewicht zu legen,

4. Breitenarbeit und Multiplikatorenförderung in der politischen Bildung gleichrangige Bedeutung zuzuerkennen,

5. mit den Ländern zu verhandeln, um
   a) eine möglichst weitgehende grundsätzliche Abstimmung über Inhalte und Methoden politischer Bildung,
   b) eine Vertiefung der politischen Bildung in den allgemein- und berufsbildenden Schulen sowie bei der Lehrerbildung,
   c) eine Intensivierung der außerschulischen politischen Bildung im regionalen Bereich,
   d) eine ausreichende finanzielle Unterstützung der politischen Bildungsstätten auch im Hinblick auf eine Verbesserung der sozialen Stellung politischer Bildner

   zu erreichen,

6. auch im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung ihre Anstrengungen für die Förderung der politischen Bildung zu verstärken.

Berlin, den 3. Juni 1969

Der Ausschuß für Wissenschaft, Kulturpolitik und Publizistik

Frau Geisendörfer
Stellv. Vorsitzende

Dr. Huys
Moersch
Berichterstatter